

# presse

---

## **Kampf um einheitlichen Nichtraucherchutz in ganz Deutschland geht weiter**

Anlässlich des heutigen Weltnichtrauchertages erklären die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit Carola Reimann und die Drogenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf:

Die Bundesregierung will keine Änderung der Arbeitsstättenverordnung zugunsten des Nichtraucherchutzes, stattdessen verweist sie auch auf freiwillige Selbstkontrollen und Aktivitäten und alte Kampagnen der Vorgängerregierung. Das ist nicht genug. Wir brauchen klare und einfache Regelungen für den Schutz vor Passivrauch ohne Ausnahmen, sagen Carola Reimann und Angelika Graf.

Rauchen ist nicht mehr cool. Das ist die gute Nachricht für den heutigen Weltnichtrauchertag. Die Maßnahmen für einen verbesserten Nichtraucherchutz in Bund und Ländern zeigen Wirkung: Der Anteil der jungen Raucherinnen und Raucher im Alter zwischen 12 und 17 Jahren ist in den vergangenen zehn Jahren von 27,5 Prozent auf 12,9 Prozent im Jahr 2010 zurückgegangen und hat sich damit mehr als halbiert.

Einen wichtigen Beitrag leisten dafür konsequente und transparente Regelungen zum Schutz vor Passivrauchen in Gaststätten in den Bundesländern. Die Regelungen in Bayern sind hierfür beispielgebend. Die bayerische SPD unterstützte als Partner des Nichtraucherbündnisses eine rauchfreie Gastronomie in Bayern. Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht sich ein ähnliches Engagement auch in den anderen Länderparlamenten für mehr Schutz für Passivrauch. Ein klarer und transparenter Nichtraucherchutz wirkt auch psychologisch. Das ist an den sinkenden Raucherzahlen bei den Jugendlichen zu erkennen.

Doch auch wenn die Zahlen bei den Jugendlichen sehr erfreulich sind, so tut sich kaum etwas bei den anderen Altersgruppen. Die Zahlen bei den Erwachsenen sind nur leicht rückläufig. Bei Frauen ab 65 Jahren steigt der Anteil sogar von 7,0 auf 8,7 Prozent wie ein Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung ergab. Jährlich sterben immer noch mehr als 110.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Jeder achte Todesfall kann auf das Rauchen zurückgeführt werden. Mehr als 3.300 Todesfälle pro Jahr sind sogar auf das Passivrauchen zurückzuführen.

Die Bundesregierung bewirkt kaum etwas auf dem Gebiet des Nichtrauchererschutzes. Sie will keine Änderung der Arbeitsstättenverordnung zugunsten des Nichtrauchererschutzes, stattdessen verweist sie auch im aktuellen Drogenbericht der Bundesregierung auf freiwillige Selbstkontrollen und Aktivitäten anderer und alte Kampagnen der Vorgängerregierung. Das ist nicht genug. Die Bundesregierung muss Schluss machen mit dem unübersichtlichen Flickenteppich an Regelungen in Deutschland. Wir brauchen klare und einfache Regelungen für den Schutz vor Passivrauch ohne Ausnahmen.